

SBB-Unterführung kostet Lenzburg 2 Mio.

Sie hatten sie gewollt, nun sollen Stadt und Kanton die zweite Unterführung mitfinanzieren.

Eva Wanner

Wer zahlt, befiehlt – und umgekehrt? Ein Ja auf diese Frage lässt sich in die Botschaft des Regierungsrats an den Grossen Rat interpretieren. Mehrere Nachtragskredite sind darin enthalten, einer davon betrifft den Bahnhof Lenzburg.

Genauer: Die zweite Personenunterführung, die im Rahmen des Mega-Umbaus des Bahnhofs für 232 Millionen Franken (die AZ berichtete) gebaut werden soll. Knapp neun Millionen Franken kostet die zweite Unterführung. Vier Millionen sollen der Kanton Aargau

und die Stadt Lenzburg je hälftig übernehmen.

Die Bahn wollte die zweite Unterführung nicht

Die SBB hätten auf die zweite Unterführung verzichtet. Aus wirtschaftlichen Gründen, wie in der Botschaft an den Grossen Rat nachzulesen ist. Sprich: zu viel Geld für zu wenig Nutzen.

Die Stadt Lenzburg und der Kanton aber hatten insistiert, weil sich ohne die zweite Unterführung sämtliche Verkehrsströme auf einen Punkt konzentriert hätten. Das wiederum würde den Verkehrsablauf stören. Das Bundesamt für Verkehr (BAV)

sah ein weiteres Argument für den Bau: die Anbindung der westlich vom Bahnhof gebundenen Quartiere und des künftigen, neuen Busterminals.

Einwohnerrat soll im Juni entscheiden

Die Forderung von Stadt und Kanton nach einer zweiten Unterführung wurde schliesslich aufgenommen. «Im Gegenzug erwarten nun das BAV und die SBB, dass sich die Stadt Lenzburg und der Kanton an den Zusatzkosten für die zweite Personenunterführung angemessen beteiligen», heisst es im Papier. Eben mit vier Millionen

Franken. «Bei der Finanzierungsvereinbarung beharrt das BAV darauf, dass sich der Kanton für den gesamten Interessensbeitrag von vier Millionen Franken verpflichtet. Der Kostenanteil der Stadt Lenzburg sei Sache des Kantons und müsse zwischen Stadt und Kanton separat geregelt werden.»

Der Regierungsrat bittet den Grossen Rat deshalb darum, einen Verpflichtungskredit über die vier Millionen Franken zu sprechen. Die Hälfte davon soll die Stadt Lenzburg bezahlen. Ob sie das tun wird, beschliesst laut Zeitplan in der Botschaft im Juni der Einwohnerrat.